

Freisinn FDP

Herausgeber/Redaktion: Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz, Postfach 6136 3001 Bern, Telefon (031) 320 35 35, Fax (031) 320 35 00
FDP im Internet: <http://www.fdp.ch>
E-Mail: gs@fdp-prd.ch
Inserate: Neue Zürcher Zeitung (Zürich); Kretz AG (Feldmeilen)

WAHLEN 1999 *Farbe bekennen*

Jetzt FDP wählen

Die Nationalratswahlen, in manchen Kantonen auch die Ständeratswahlen, stehen vor der Tür. Die FDP kann diese Wahlen gewinnen, das zeigen die Umfragen. Dafür müssen wir uns aber noch gewaltig anstrengen. Unsere Mobilisierungskraft in den letzten Wochen – jetzt! – wird über den Wahlausgang entscheiden. Entscheiden Sie mit, helfen Sie mit, damit die FDP wieder die stärkste bürgerliche Kraft der Erneuerung wird. Parteipräsident Franz Steinegger steckte am Wahlkick-Off in Freiburg vor über 700 begeisterten Parteimitgliedern noch einmal das Feld ab. Der «Freisinn» veröffentlicht einen Teil seiner Rede:

Viele fragen zunächst: Was habt ihr in den letzten Jahren gemacht? Einige behaupten: Wir wissen ja gar nicht mehr, wofür ihr steht. Wir haben beharrlich und mit Ausdauer daran gearbeitet, dass sich die Schweiz den neuen Herausforderungen stellt und ihre Zukunftsfähigkeit sicherstellt.

Heute sehen wir den Erfolg:

- Die Arbeitslosenquote ist unter 2,5%.
- Der Bundeshaushalt wird Ende 2001 im Lot sein.
- Während in Deutschland immer noch diskutiert wird, ist in der Schweiz ein revidiertes Unternehmungssteuerrecht in Kraft.

- Die Voraussetzungen für die bilateralen Verträge mit der EU sind in einem Balanceakt zwischen Beachtung unserer Bundesverfassung (Alpenschutzartikel) und Bedürfnissen des Verkehrs geschaffen.
- Die Infrastrukturen für den Verkehr werden in den

FORTSETZUNG AUF SEITE 2

FDP SCHWEIZ

Inhalt

- Der Wahlauf Ruf von FDP-Chef Franz Steinegger auf Seite **5**
- Das Programm der a. o. Delegiertenversammlung vom 9. Oktober in Weinfelden auf Seite **7**
- Der Grundsatzartikel zu den bilateralen Verträgen von FDP-Ständerätin Christine Beerli ab Seite **10**
- Die Referate der FDP-Bundesräte Pascal Couchepin und Kaspar Villiger auf den Seiten **12 UND 14**



Am 9. Oktober nach Weinfelden!

Wir laden Sie alle – nicht nur die Delegierten und die Kandidierenden – herzlich ein an die ausserordentliche Delegiertenversammlung der FDP Schweiz vom Samstag, 9. Oktober 1999, im «Thurgauerhof» in Weinfelden. Haupttraktandum sind die Vorstellung und Parolenfassung zu den bilateralen Verträgen sowie zur Verkehrshalbierungsinitiative. Die FDP bekennet Farbe zu den Bilateralen also noch vor den Wahlen.



Glanzvoll gewählt: die neue FDP-Vizepräsidentin Nationalrätin Christiane Langenberger aus dem Kanton Waadt. (Bild ruti)

Franz Steinegger
Dir. Schw. Landesbibl.
Haldenstrasse 15
3003 Bern

10563



Wesentliche Stütze freisinniger Politiker: Die kleinen und mittleren Unternehmen. Am Wahl-Kick-off verlieh die FDP erstmals den FDP-KMU-Oscar an herausragende Unternehmen aus allen Kantonen. (Bild ruti)

FORTSETZUNG VON SEITE 1

nächsten Jahren massiv modernisiert.

■ Die AHV ist bis ins Jahr 2003 finanziert.

■ Eine neue Wettbewerbspolitik hat für eine Kostenreduktion in verschiedenen Bereichen geführt.

■ Die Landwirtschaft kommt aus der kriegswirtschaftlichen Organisation heraus.

■ Das Drogenproblem war 1995 ein zentrales Wahlkampfthema. Gegen SP und SVP haben wir eine realistische Drogenpolitik durchgesetzt.

■ usw.

Das war freisinnige, das war bürgerliche Politik nach bestem Schrot und Korn.

Unsere Schweiz ist eine erfolgreiche Schweiz. Wir beschimpfen unser Land nicht als «gespensterhafte, verlotterte, von Armut, Arbeitslosigkeit und Unsicherheit geprägte Schweiz» (Albisgütli 1996) oder als «Sumpf von Misswirtschaft und Korruption» (Albisgütli 1999).

Widersprüchliches

Im Schimpfen auf die Schweiz ist die SVP sozial-

demokratischer geworden als die SP. Früher war es jeweils der SP vorbehalten, die Schweiz schlechter zu machen, als sie ist und war. Diese Aufgabe hat nun die SVP an sich gerissen. Die-

ses Einschlagen auf die Schweiz ist natürlich eine Werbemassnahme, um alle Politikverdrossenen, Politikverächter und enttäuschten Nutzniesser des Sozial- und Subventionssystems

für sich zu gewinnen. Wenn es aber darum geht, den Gartenhag unüberwindbar zu machen oder der EU, der Nato und der Uno die Leviten zu lesen, dann sind wir wieder die Besten. Dann werden wir als bester Wirtschaftsstandort in Europa gefeiert (5 Jahre EWR-Nein Dezember 1997). Dies stimmt auch. Unerfindlich ist jedoch, dass man vorher und nachher Häme über die Schweiz ausgiesst.

Diese Billig-Opposition der Wechselbäder versteht, sich gegenseitig zu stützen. Dass das inflationsfreie Wachstum nicht unbedingt nach dem Geschmack der SP ist, war bekannt. Man war dort immer bereit, etwas Inflation in Kauf zu nehmen, wenn es der Vollbeschäftigung und den Subventionen dient. Niemand hätte aber geahnt, dass es der SP gelingen könnte, den neuen Verfassungsauftrag für die Nationalbank mit Unterstützung der SVP zu bodigen, wie dies am

18. 6. 1999 geschehen ist (Kritik an der Kosovo-Politik der Nato, LEGA und Gewerkschaften bei den bilateralen Verträgen usw).

Es braucht eine bürgerliche Erneuerung

Wir sind durch die Wahlen im Oktober herausgefordert. Wir sind die Partei mit der grössten Anzahl Mitglieder und mit der grössten Anzahl Lokalsektionen. Wenn wir nicht zwischen Frustration und Anbiederung hin und her pendeln, können wir diese Wahlen gewinnen. Wir haben gute Resultate aufzuweisen. Auf diesem Erfolgsausweis können wir unsere Arbeit fortsetzen. Wenn wir Farbe bekennen und Flagge zeigen, werden wir Erfolg haben. Die Schweiz hat keine Alternative zur Erneuerung. Es braucht eine bürgerliche Erneuerung mit der FDP, der bürgerlichen Kraft der Vernunft.



FDP-Chef Franz Steinegger: «Wenn wir Farbe bekennen und Flagge zeigen, werden wir Erfolg haben.» (Bild ruti)

ASYLPOLITIK  Rückkehranreiz für Kosovo-Vertriebene

FDP will Vorverschiebung der Ausreisefrist

Drei Monate nach Beginn des Rückkehrprogramms Kosovo ist die Zwischenbilanz ernüchternd. Nur rund 7000 Vertriebene konnten aus der Schweiz in ihre Heimat zurückkehren und sich dort am Wiederaufbau beteiligen. Die FDP fordert vom Bundesrat eine massive Verstärkung der Rückkehranreize. Dazu gehört die Vorverschiebung des Ausreisetermins auf dieses Jahr, die Ermöglichung der Rückreise auch auf dem Landweg und bessere finanzielle Anreize für eine Überwinterung in Kosovo.

Die FDP verlangt seit Monaten die Verstärkung der schweizerischen Anstrengungen zur Ermöglichung der raschen Rückkehr der Vertriebenen aus Kosovo. Das bundesrätliche Rückkehr- und Wiedereingliederungsprogramm, die Aufhebung der kollektiven vorläufigen Aufnahme mit einer Ausreisefrist bis Ende Mai 2000 und das Arbeitsverbot sind offensichtlich noch zu schwache Rückkehrsignale. Im Verhältnis zur erfolgreichen Rückkehrpolitik anderer eu-

ropäischer Staaten schneidet die Schweiz nicht gut ab. Von den total rund 65 000 von der Frist Betroffenen sind erst rund 7000 zurückgekehrt, nicht einmal hundert pro Tag. Zu Zeiten der Einreisewelle wurden täglich mehrere hundert Vertriebene aufgenommen.

Die FDP fordert den Bundesrat auf:

■ Mit Nachdruck dafür zu sorgen, dass auch der Landweg nach Kosovo und bilaterale Transportmög-

lichkeiten geöffnet werden.

■ Den Termin der freiwilligen Rückreise auf dieses Jahr vorzuvorschieben.

■ Die finanziellen Anreize zugunsten einer raschen Rückkehr zu verstärken. Zu prüfen ist insbesondere folgender Auszahlungsmodus: Wer vor dem neuen Termin abreist, soll während des Winters in Kosovo monatlich bescheidene schweizerische Wiederaufbaubeiträge erhalten. Für Ausreisende nach dem vorverschobenen Termin sollen keine

Beiträge mehr vorgesehen werden.

Die FDP ist überzeugt, dass auch logistisch die Möglichkeit für eine Rückkehr des überwiegenden Teils der Kosovo-Vertriebenen noch dieses Jahr geschaffen werden kann, wenn der politische Wille dazu vorhanden ist. ■

IMPRESSUM

Freisinn FDP

Monatszeitung, herausgegeben von der Freisinnig-Demokratischen Partei der Schweiz (FDP), Neuen-gasse 20, 3001 Bern. Redaktion «Der Freisinn», Postfach 6136, 3001 Bern, Tel. (031) 320 35 35, Fax (031) 320 35 00, E-mail: gs@fdp-prd.ch

VERANTWORTLICH FÜR DIE REDAKTION:

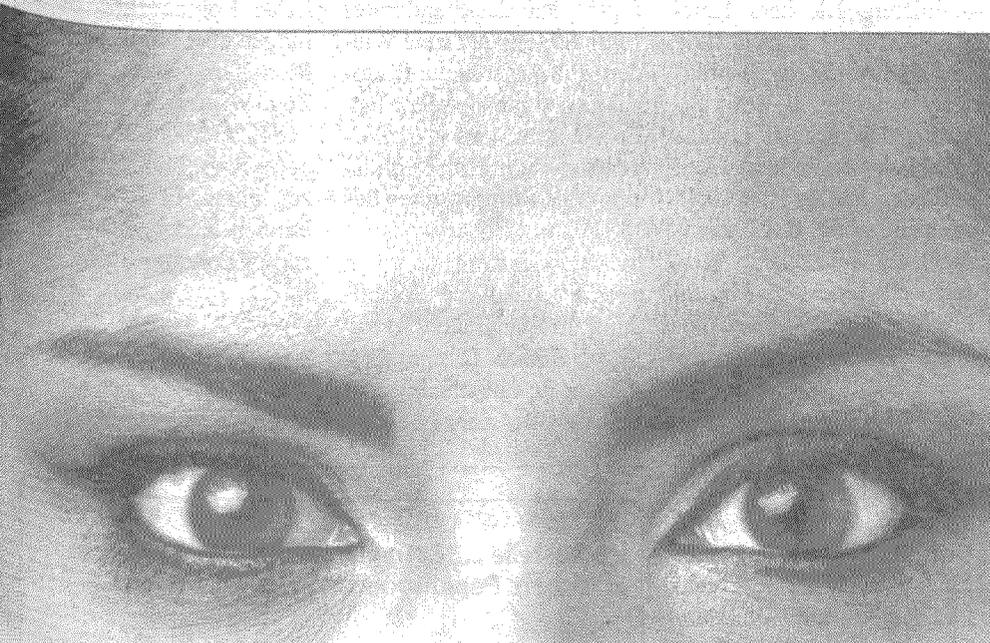
Generalsekretariat FDP der Schweiz, Guido Schommer (GUS). Für die Kantonalseiten die jeweilige Kantonalpartei.

INSERATEN-VERWALTUNG:

Kretz AG, Verlag und Annoncen, General-Wille-Strasse 147, Postfach 105, 8706 Feldmeilen, Telefon (01) 923 76 56, Fax (01) 923 76 57.

DRUCK:

NZZ-Druckzentrum, Schlieren
Einzelnummer Fr. 2.-
Jahresabonnement Fr. 20.-



Sicherheit durch Erneuerung.

Der raschen
Rückkehr ent-
gegen sehen.
Für Schweizer
Hilfe im
Krisengebiet.

FDP 

Freisinnig-Demokratische Partei
www.fdp.ch

Zu Eizenstats Kriegsverlängerungsthese

Die schweizerische Gold-, Handels- und Verkehrspolitik gegenüber Deutschland im Zweiten Weltkrieg ist in der jüngsten Vergangenheit Gegenstand heftiger Diskussionen geworden. Sie gipfelte in Stuart Eizenstats These, die Schweiz habe durch ihr Verhalten den Krieg verlängert. Dieser Auffassung widerspricht der Verfasser der vorliegenden Studie. Er stellt die wichtigen Fakten übersichtlich zusammen und versucht, die Bedeutung des Waffen- und Kriegsmaterialexports der Schweiz sowie der Dienstleistungen der Schweizerischen Bundesbahnen abzuschätzen; die Funktion der Schweiz als Gold- und Devisenhandelsplatz wird in Beziehung gesetzt zu den Bedürfnissen

der deutschen Rüstungsindustrie nach Spezialmaterialien für die Herstellung von Kriegsgerät.

Der Verfasser vertritt die Meinung, dass die Schweiz während der ersten Kriegsjahre dem Druck des Dritten Reiches bis zu einem gewissen Grad nachgeben musste, dass sie aber ihre Interessen wahren und so ihre Unabhängigkeit erhalten konnte. Ab Mitte 1943 ändert sich das Bild etwas: Nun hätte wohl auch eine zurückhaltendere Wirtschaftspolitik verfolgt werden können. Zu pauschalen Verurteilungen geben die Fakten jedoch keinen Anlass, wie diese differenzierte, allgemeinverständliche Studie belegt.

Eine nüchterne, knappe Darstellung der wesentli-

chen Fakten zeigt, dass Eizenstats Kriegsverlängerungsthese nicht zu halten ist.

Heinz Albers-Schönberg wurde 1926 in Berlin geboren. 1946 kam er in die Schweiz und studierte Physik an der ETH Zürich bei Paul Scherrer. Nach weiteren Studien in den USA war er in der Energiewirtschaft tätig, zuletzt als Direktionsvorsitzender der Elektrowatt Engineering. Albers lebt in Zürich.

Heinz Albers-Schönberg: Hat die Schweiz den Krieg verlängert? Handels-, Gold- und Verkehrspolitik gegenüber Deutschland im Zweiten Weltkrieg. 152 Seiten, Format 15x22 cm, Broschur, Fr. 28.-.



Blochers Populismus und Widerspruch

Ausgangspunkt von Andreas Itens kritischer Analyse bildet Nationalrat Christoph Blochers Albisgütli-Rede 1999. Anhand nachprüfbarer Beispiele geht Iten der Frage nach der Wahrscheinlichkeit Blocherser Behauptungen nach. Er setzt sich mit dessen gesellschafts- und wirtschaftspolitischen Ideologie auseinander und tritt Blochers Angriff auf die politische Kultur der Schweiz entgegen.

Der Vorstand der Schweizerischen Arbeitsgemeinschaft für Demokratie (SAD) beauftragte seinen Präsidenten, einen Essay über die demokratische Kultur unseres

Landes zu schreiben. Iten las Christoph Blochers Albisgütli-Rede vom 15. Januar 1999 und wählte sie zum Gegenstand seiner Untersuchung. Christoph Blocher greift seit Jahren mit markanten Worten und angriffigen Behauptungen die «Classe politique», aber auch die Intellektuellen und den «Medienfilz» an. So auch in der Albisgütli-Rede von 1999. Er widmet diese ironisch «den sieben Bundesräten». Der Stil von Blochers Politik erregt mannigfachen Widerspruch. Bis jetzt aber fehlen eine sorgfältige Untersuchung über den Wahrheitsgehalt von Blochers Behauptungen und eine subtile Analyse seiner Sprache. Andreas Iten unternimmt es, den Blocherschen Populismus zu sezieren und

ihn anhand seiner Rede zu definieren. Blochers Herrschaftssprache erzeugt, wie Iten nachweist, eine Gefolgschaftssprache, die den politischen Diskurs des Landes erheblich beeinflusst und verändert hat. Es ist deshalb dringend nötig, den Zusammenhang von Sprache, Wissen und Macht zu durchleuchten und bewusst zu machen.

Der Autor

Andreas Iten, geboren 1936, wohnt in seiner Geburts- und Heimatgemeinde Unterägeri. Er war Lehrer für Psychologie und Pädagogik am Seminar Menzingen. In der Öffentlichkeit wirkte er als Gemeindepräsident von Unterägeri sowie langjähriger Regierungsrat und Stände-

rat des Kantons Zug. Als Vizepräsident des Ständerates verzichtete er auf eine Wiederwahl. Er ist heute Personal-Ombudsmann der SBB. Er ist Präsident der Eidgenössischen Filmkommission, des Stiftungsrates des Medienausbildungszentrums in Luzern und von agogis (Berufliche Ausbildung im Sozialbereich) mit Sitz in Zürich. Ferner präsidiert er den Innerschweizer Schriftstellerinnen- und

Schriftsteller-Verein und die Schweizerische Arbeitsgemeinschaft für Demokratie (SAD). Er veröffentlichte Romane und Erzählungen über Landschaft und Menschen des Kantons Zug. Wissenschaftliche Arbeiten widmete er dem Sonnensymbol in der Kinderzeichnung. Er schreibt Kolumnen in der «Neuen Luzerner Zeitung».

Andreas Iten: Blochers Populismus und Widerspruch. Herausgegeben 1999 durch die SAD. Werd-Verlag, Zürich, ISBN 3-85932-298-2, Fr. 24.90 + Porto.

Ich bestelle ... Exemplar(e) Andreas Iten: «Blochers Populismus und Widerspruch»

Bitte Talon einsenden an:

Werd-Verlag, Postfach 1810, 8021 Zürich
Fax (01) 248 50 39

Jetzt überall mobilisieren

Liebe Freisinnige

Laut den letzten Umfragen hat die FDP die Talsohle durchschritten. Es geht wieder aufwärts. Wir haben insbesondere bei unseren Stammwählern und neu auch bei parteiungebundenen Wählerinnen und Wählern zugelegt. Darauf müssen wir im Schlussspurt bauen.

Ich wende mich an Sie, weil wir nichts unversucht lassen dürfen. Bezüglich optischer Präsenz und Mobilisierung besteht – auch im Vergleich zu 1995 – noch ein grosser Handlungsbedarf. Wo noch nicht geschehen, soll pro Ortspartei ein Präsenz- und Mobilisierungsverantwortlicher bestimmt werden. Dabei geht es nicht darum, grosse Geldsummen einzusetzen. Ein einfacher Holzrahmen oder eine glatte Wand genügen bereits, um ein Plakat der FDP oder eines Kandidierenden gut sichtbar aufzuhängen. Ein Leintuch oder eine Blache lässt sich einfach mit dem Logo und der Listenummer bepinseln und in Sichtweite einer Hauptstrasse, Autobahn oder Bahnstrecke placieren. Jede Ortspartei hängt zusätzlich zu den bereits ausgehängten Plakaten noch mindestens drei weitere Plakate auf.



(Bild ruti)

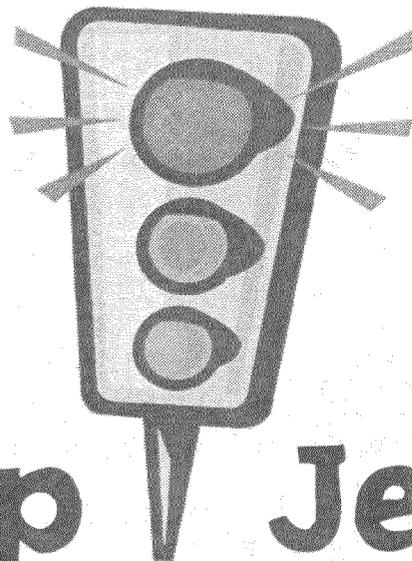
Leute, die durch Landschaft, die Dörfer und Städte fahren, müssen die Botschaft erhalten: Die FDP ist präsent, die FDP kämpft, die FDP ist hier, da und überall. Ich bin überzeugt, Sie können das, wir können das.

Und am Schluss geht es noch um folgendes: Die beste Politik, die beste Wahlwerbung nützt nichts, wenn nicht alle Freisinnigen und alle Sympathisanten an der Wahl teilnehmen und ihre Stimmen ungeteilt freisinnigen Kandidierenden zugute kommen. Rufen Sie deshalb zur Wahl auf, fragen Sie herum, ob Ihre Mitglieder, Freunde, Bekannten, Nachbarn gewählt haben.

Ich freue mich darauf, dass wir als stolze Partei erhobenen Hauptes und mit einer vergrösserten Parlamentsfraktion aus diesen Wahlen hervorgehen können. Damit dies Tatsache wird, müssen wir uns jetzt aber noch einmal besonders anstrengen. Ich danke Ihnen dafür.

Mit freisinnigen Grüssen

Ihr Franz Steinegger, Parteipräsident



Volksinitiative Steuerstopp Jetzt!

Was ist das Ziel der Volksinitiative «Steuerstopp»?

Die Volksinitiative will:

- Keine Steuererhöhungen mehr zulassen
- Die Einführung neuer Steuern verhindern
- Zu viel erhobene Steuern dem Volk zurückerstatten

Wie funktioniert die Volksinitiative «Steuerstopp»?

Die Volksinitiative sieht vor, dass auf Bundesebene ...

- für eine Dauer von 7 Jahren – ohne gleichwertigen Ausgleich – keine Steuern, Sozialabgaben oder anderen Abgaben eingeführt oder erhöht werden dürfen.

ern, Sozialabgaben oder anderen Abgaben eingeführt oder erhöht werden dürfen.

- allfällig zu viel erhobene Steuern und Abgaben hälftig an alle Steuerzahlerinnen und Steuerzahler zurückerstattet sowie hälftig an die AHV überwiesen werden müssen.

- Lenkungsabgaben, die vollständig zurückerstattet werden, eingeführt werden können.

- bestimmte Massnahmen zur Sicherung der AHV-Finanzierung möglich sind.

Jetzt Unterschriften sammeln!

Die Unterschriftensammlung für die Steuerstopp-Initiative und die Petition «für eine kinder- und elternfreundliche Grundschule» läuft gut. Es braucht aber weiterhin die Unterstützung von allen Freisinnigen, damit die Initiative und die Petition in-

nerter vernünftiger Frist zustande kommen. Die Zeit ist jetzt günstig, um auf unsere Anliegen aufmerksam zu machen und den Wählerinnen und Wählern konkrete politische Projekte zu unterbreiten.

Helfen Sie mit!

Bitte beachten!

- Pro Liste dürfen nur Personen aus ein und derselben Gemeinde unterschreiben.
- Es können auch Unterschriftenlisten zurückgesandt werden, die nicht bis auf die letzte Zeile ausgefüllt sind. Besser eine Liste mit nur 2 Unterschriften einsenden, als die Liste liegenlassen!
- Jede einzelne Zeile muss vollständig ausgefüllt und handschriftlich unterzeichnet sein.
- Alle Unterschriften, welche sich auf einem beschädigten Unterschriftenbogen befinden, sind ungültig.

Unterschriftenbogen bestellen

Benötigen Sie Unterlagen, Argumentarien und Unterschriftenbögen für die Steuerstopp-Initiative, können Sie diese direkt über Internet herunterladen:

www.steuerstopp.ch

Oder wenden Sie sich an Ihre Kantonalpartei oder an das Sekretariat der Steuerstopp-Initiative in Bern, Tel. (031) 320 35 34, Fax (031) 320 35 00.

**Genug ist genug!
Keine Steuererhöhungen mehr!
Schluss mit neuen Steuern und Abgaben!
Steuerüberschüsse zurück ans Volk!**

DV AM 9. OKTOBER 1999  Weinfelden

Parole fassen zu Bilateralen

Verschiedene Gruppierungen haben schon Monate vor der Behandlung der bilateralen Verträge im Parlament offen mit dem Referendum gedroht, um sogenannte flankierende Massnahmen herauszuholen. Die FDP hat nie einen Hehl daraus gemacht, dass sie bereit ist, berechnete Begleitmassnahmen mitzutragen. Nur dürfen diese nicht so protektionistisch sein, dass sie die Vorteile der Verträge wieder zunichte machen. Einer allfälligen Volksabstimmung im Jahr 2000 sieht die FDP mit Zuversicht entgegen. Deshalb fasst sie auch jetzt schon Parole.



Die Freisinnigen freuen sich darauf, in Weinfelden am 9. Oktober von Kantonalpartei sekretär Ruedi Schläpfer auch so herzlich empfangen zu werden wie von den Vully-Weinbauern in Freiburg am Wahl-Kick-off. (Bild ruti)

Zwischen der Sonder- und Herbstsession ist die Zeit für die notwendigen Kompromisse gekommen. Sowohl im freien Personenverkehr als auch im Landverkehr scheinen sich die Positionen nun anzunähern. Damit dürfte es möglich werden, dass die bilateralen Verträge von breiten Kreisen der Politik mitgetragen werden. Trotzdem: Ein Referendum von Rechtsausser ist angekündigt und wird wahrscheinlich auch von irgendeinem Verein der Blocher-Holding unterstützt werden. Die FDP sieht einer allfälligen Volksabstimmung im Frühsommer 2000 aber mit Zuversicht entgegen, denn

die Substanz der Verträge ist gut, und die Begleitmassnahmen mit wenigen Korrekturen, die jetzt in der Herbstsession noch anzubringen sind, vertretbar. Noch einmal: Auch wenn praktisch nur über die Begleitmassnahmen gestritten wird, der Inhalt der Verträge an sich ist gut und für die Schweiz von grösster Bedeutung.

Gute Verträge haben gute Chancen in der Volksabstimmung

Die bilateralen Verträge haben gute Chancen, bald in Kraft zu treten. Jene Kreise, die für einen raschen EU-Beitritt plädieren, können

nicht dagegen sein. Wer nur schon bei kündbaren Verträgen nicht mitmacht, kann nicht glaubwürdig für einen EU-Beitritt eintreten. Wer gegen den EU-Beitritt ist, kann die bilateralen Verträge unterstützen, weil sie eine weitgehende wirtschaftliche Öffnung ohne Entwicklung auf die direkte Demokratie bringen. Wer einen EU-Beitritt als langfristig unausweichlich ansieht, zurzeit aber als nicht dringlich einstuft, wird den bilateralen Verträgen zustimmen, weil sie die Schweiz auf dem Weg zur Normalisierung ihrer Beziehungen zu Europa einen Schritt weiterbringen und zeitlich etwas Luft verschaffen.

Schliesslich werden sich die vernünftigen politischen Kräfte gemeinsam für einen vernünftigen Vertrag einsetzen. Das sollte in der Schweiz 1999/2000 doch möglich sein.

Wir beleuchten an der DV in Weinfelden noch eine weitere verkehrspolitische Vorlage: Die Volksinitiative «Für die Halbierung des motorisierten Strassenverkehrs» (Verkehrshalbierungsinitiative).

Wir freuen uns darauf, Sie ein letztes Mal vor den eidg. Wahlen in Weinfelden begrüssen zu dürfen.

Johannes Matyassy,
Generalsekretär

DAS PROGRAMM

«Jetzt Farbe bekennen!»

a. o. Delegiertenversammlung, Samstag, 9. Oktober 1999, Kongresszentrum «Thurgauerhof», Thomas-Bornhauser-Strasse 10, Weinfelden

10.15 Uhr Begrüssung und Ansprache durch den Parteipräsidenten, Nationalrat Franz Steingger, Flüelen (UR)

10.40 Uhr Bilaterale Abkommen Schweiz - EU: «Jetzt Farbe bekennen!»

Einführung in die bilateralen Abkommen:

- Nationalrätin Lili Nabholz, Zollikon (ZH)
- Nationalrat Claude Frey, Auvornier (BE)

Personenverkehr*:

- Ständerätin Christine Beerli, Biel (BE)

Landverkehr*:

- Nationalrat Duri Bezzola, Scuol (GR)

(*je nach Ergebnis der parlamentarischen Behandlung evtl. kontradiktorisch)

anschliessend:

Ansprache Bundesrat Pascal Couchepin, Vorsteher EVD

Diskussion und Parolenfassung

12.10 Uhr Volksinitiative «Für die Halbierung des motorisierten Strassenverkehrs zur Erhaltung und Verbesserung von Lebensräumen (Verkehrshalbierungsinitiative)»

Kontradiktorisches Gespräch unter der Leitung von Walter Langenegger, «St. Galler Tagblatt»

pro:

- Beat Ringger, Präsident «umverkehr», Zürich
- Christa Markwalder, «umverkehr»-Regional-Gruppe, Bern

contra:

- Nationalrat Georges Theiler, Luzern (LU)
- Nationalrat Daniel Vogel, La Chaux-de-Fonds (NE)

anschliessend:

Ansprache Bundesrat Kaspar Villiger, Vorsteher EFD

Diskussion und Parolenfassung

13.15 Uhr Apéritif

Anmeldetalon

- JA, ich nehme an der a.o. Delegiertenversammlung der FDP Schweiz vom Samstag, 9. Oktober 1999, teil.
- Ich melde mich auch für den anschliessenden Apéro an.

Name/Vorname: _____

Adresse: _____

PLZ/Ort: _____

Tel.: _____ Fax: _____

Bitte einsenden, faxen oder e-mailen an: FDP Schweiz, DV Weinfelden, Postfach 6136, 3001 Bern, Fax (031) 320 35 00, e-mail: gs@fdp.ch

KOLUMNE

Hyde Park Corner als Alibi



An ihrem Jahreskongress richten die Schweizer Zeitungsver-

leger zwischen Hauptversammlung, Workshops und Festbankett traditions-gemäss auch einen Hyde Park Corner ein. In ihm darf Prominenz aus Politik und Wirtschaft die Freiheit der Meinungsäussung bis an den Rand des Strafgesetzbuchs auskosten. So erneuert am Kongress in Zermatt.

Ziel der Angriffsreden sind die Medien. Die Ehrengäste mit öffentlicher Sprecherlaubnis machen aus ihren Herzen keine

Mördergruben. Die Fetzen fliegen. Sie gehören zum Kongress wie das Amen zur Kirche.

Anlass zu Zornausbrüchen liefern die Medien ja durchaus. Im Hyde Park Corner wird abgerechnet. Die Opfer springen den Tätern an die Gurgel. Und diese lassen sich wehrlos verprügeln. Denn sie wissen aus Erfahrung, dass die Tagesordnung spätestens beim Festbankett wiederhergestellt ist.

Die schlagende Prominenz kehrt an ihre Arbeitsplätze zurück. Dort schweigt sie gerne, wenn die Medien etwas fragen. Dort mauert sie oft, wenn

Recherchierpläne ruchbar werden. Dort informiert sie im Notfall häppchenweise, wenn es wirklich nicht mehr anders geht. Und manche Presseabteilung wird zur PR-Division aufgerüstet, damit sich die Medien mühsam durch Zuckerwatte fressen und Räucherstäbchendüfte husten müssen, bis sie endlich auf ein Stück Wahrheit stossen.

Aber auch die drangsalierte Medienschar kehrt an ihre Arbeitsplätze zurück. Dort heckt sie weitere Schandtaten aus. Dort verwandelt sie die kleinsten Mücken in die grössten Elefanten. Dort pflegt sie mimosenhaft ihre Arroganz, bis vielleicht eine Gegendarstellung oder eine Rüge des Presserats für einige Sekunden der Reue sorgt.

Im Hyde Park Corner wird dann bis zum Festbankett wieder abgerechnet.

Dieses Ritual ist albern. Es lebt vom Irrtum der Prominenz, in bösen Ausrutschern die Hinterhältigkeit als Regel zu erkennen, und von der Lust der Medien, den Kakao zu trinken, durch den sie gezogen werden. Darum ist das Ritual nicht nur albern, sondern fatal. Es begünstigt, was es verhindern möchte.

Denn tatsächlich gibt es Verlage und Redaktionen, die mit den Fakten, den Proportionen und letztlich mit der Ethik in Konflikt geraten. Die Medien sind dringend gefordert, für Ordnung zu sorgen. Ein jährlicher Hyde Park Corner als Happening bietet keinen Ersatz.

Genau so lustig und folglich unnützlich wäre es, Medienvertreter an Partei- und Aktionärsversammlungen einzuladen, um gegen schlechtes Informationsgebaren der Politik und Wirtschaft wettern zu können.

Alle Beteiligten haben reichlich Grund, vor ihrer eigenen Türe zu kehren. Pauschalvorwürfe von hüben nach drüben verbessern nichts. Die Medien sollten den guten Anfang wagen: mit Selbstkritik statt mit Fremdkritik, die beim Festbankett endet, mit dem sie belohnt wird.

Alex Bänninger, Publizist, Präsident des Freisinnigen Presseverbandes der Schweiz, Zürich

**Die Schweiz
spielt wieder
in der
Spitzengruppe.**

**Dank der vernünftigen
Politik der FDP.**

Sicherheit durch Erneuerung.

FDP
Freisinnig-Demokratische Partei
www.fdp.ch

**Bildung:
Unser Rezept
für mehr
Beschäftigung.**

**Investieren Sie mit uns
in die Zukunft.**

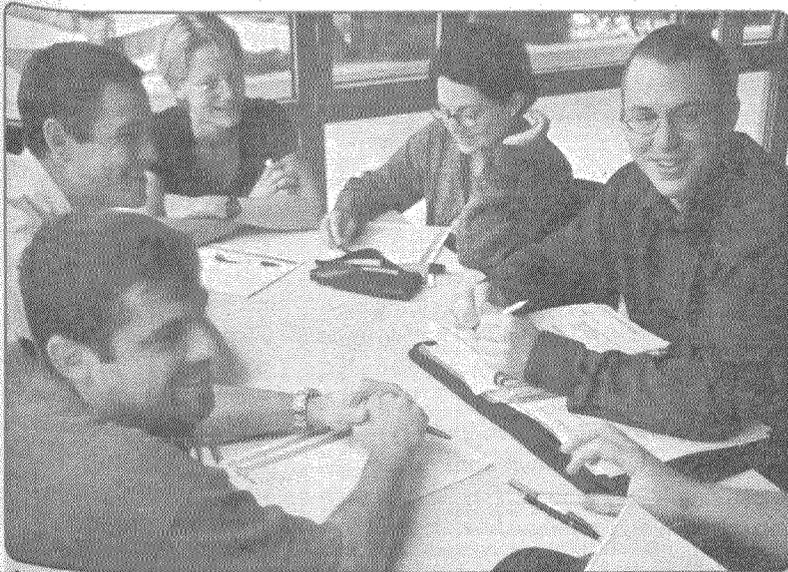
Sicherheit durch Erneuerung.

FDP
Freisinnig-Demokratische Partei
www.fdp.ch

SOMMERUNIVERSITÄT 1999  Die besten Bilder

So viele wie noch nie...

So viele Teilnehmende wie noch nie verzeichnete die Sommeruniversität 1999 Ende August in Neuenburg. Das Wahljahr lässt grüssen...!



Junge Kandidierende und übrige Teilnehmer bei der Arbeit im Workshop...



... und nach der Arbeit im Weinkeller.



Bundesrat Kaspar Villiger bei seinem schwungvollen Referat.



Eine heitere Besetzung des Neuenburger Ratssaales!



Die Organisationscrew der Sommeruni 99: Stefan Costa...



... und Markus Grädel.

LEGISLATUR 1995-99 ◊ *Wichtiger Schlusspunkt*

Keine Alternative zu den bilateralen Verträgen

Kurz vor den Wahlen hat das Parlament eines der wohl wichtigsten Geschäfte dieser Legislatur zu beraten: die Umsetzung der bilateralen Verträge. Die beiden Kammern sind sich ihrer Verantwortung wohl bewusst und haben versucht, dieses für die Zukunft unseres Landes ausgesprochen wichtige Vertragswerk so umzusetzen, dass mit einer breiten Akzeptanz in der Bevölkerung gerechnet werden kann.

VON FDP-STÄNDERÄTIN
CHRISTINE BEERLI,
BIEL (BE)

Zu behandeln waren die Genehmigung der sieben Abkommen, die Vornahme der dadurch notwendig werdenden Gesetzesänderungen sowie der Erlass flankierender Massnahmen im Bereich freier Personenverkehr und Landverkehr.

Die sieben Abkommen bilden ein Ganzes. Es kann kein Stein herausgebrochen werden. Entweder die Schweiz genehmigt sie alle, oder die bilateralen Verhandlungen sind gescheitert. Wie immer, wenn sich zwei Parteien nach langen Verhandlungen handelsei-

nig werden, verkörpert das Ergebnis ein gegenseitiges Geben und Nehmen. Die Schweiz hat in gewissen Bereichen Konzessionen gemacht und sich in andern wiederum Vorteile eingehandelt. Es ist dies ein vollkommen normaler Vorgang. Niemand kann über lange Zeit nur zu den Nehmenden gehören. Betrachten wir jedoch das Gesamtergebnis, dann kann klar festgehalten werden, es wurde gut und hart verhandelt. Das Ergebnis ist für unser Land per saldo ausgesprochen positiv, die Ratifizierung der Verträge ist für eine zukunftsgerichtete Schweiz unabdingbare Voraussetzung.

Ich werde ganz kurz auf die sieben Abkommen eingehen und zum Schluss noch einige Bemerkungen zu den finanziellen Auswirkungen machen.

■ Abkommen über die wissenschaftliche und technologische Zusammenarbeit: Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologietransfer sind die Ressourcen, auf denen der Wohlstand unseres Landes von morgen aufbaut. Es ist von ausserordentlicher Wichtigkeit, dass unsere Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler in einer europäischen, ja weltweiten Vernetzung mitarbeiten können. Das Abkommen hat eine Vollbeteiligung der Schweiz am 5. Forschungsprogramm der EU zum Ziel. Neu werden somit schweizerische Forscherinnen und Forscher Projekte auch selber führen und koordinieren können. Im Unterschied zu heute wird die

Möglichkeit bestehen, die Strategien zu beeinflussen.

■ Abkommen über bestimmte Aspekte des öffentlichen Beschaffungswesens: Hier geht es darum, den Deckungsbereich der Nichtdiskriminierung bei der Vergabe öffentlicher Aufträge über jenen im WTO-Abkommen hinaus zu erweitern. Das Abkommen ermöglicht eine zusätzliche Marktöffnung für Schweizer Anbieter, bedeutet allerdings auch einen verschärften Wettbewerb in unserem Land.

■ Abkommen über die gegenseitige Anerkennung von Konformitätsbewertungen: Unterschiedliche nationale Produktvorschriften sowie die Nichtanerkennung ausländischer Konformitätsbewertungen (Prüfungen, Inspektionen, Zertifizierungen, Anmeldungen und Zulassungen)

stellen eines der wichtigsten technischen Handelshemmnisse im grenzüberschreitenden Warenverkehr dar. Durch gegenseitige Anerkennung der Konformitätsbescheinigung können nach dem Abkommen Doppelprüfungen im Export- und Importland vermieden und so Kosten und Zeit gespart werden. Diese Neuerung ist für unsere wichtigsten Exportbranchen, die Maschinen-, Apparate- und Metallindustrie, von wesentlicher Bedeutung. Klar festzuhalten ist, dass als Folge des Abkommens nicht etwa die Grenzkontrollen wegfallen. Eine Zollunion besteht nur unter den EU-Mitgliedsländern.

■ Abkommen über den Handel mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen: Das Ziel, das hier von beiden Seiten angestrebt wird, ist klar ein besserer Marktzugang. Für die Schweizer Landwirte bedeutet die Öffnung eines Marktes mit ca. 300 Mio. potentiellen Kunden einen klaren Vorteil. Um ein Beispiel zu nennen: heute decken die Schweizer Landwirte mit ihren Produkten ca. 1% des europäischen Marktes für Milchprodukte ab. Dieses Prozent entspricht 25% der inländischen Milchproduktion. Gelingt es, in Europa auch nur um einen Zehntel zuzulegen, so bedingt dies gleichzeitig eine Erhöhung der schweizerischen Milchproduktion



Sicherheit durch Erneuerung.

**Bilaterale Verträge:
Die Linie für ein gutes Verhältnis zu Europa.**

FDP ◊

Freisinnig-Demokratische Partei
www.fdp.ch



FDP-Ständerätin und Fraktionschefin Christine Beerli: «Die bilateralen Verträge sind das wohl wichtigste Geschäft dieser Legislatur.»

um 2,5%. Dies sind wirklich Chancen, die genutzt werden müssen!

■ Abkommen über den Luftverkehr: Auch hier ermöglicht das Abkommen Flexibilität in bezug auf den Marktzugang und gibt den schweizerischen Luftverkehrsgesellschaften gleich lange Spiessie wie ihren europäischen Konkurrenten.

■ Abkommen über die Freizügigkeit im Personenverkehr: Hier bestand die grosse Herausforderung darin, dass die beiden Verhandlungsparteien mit unterschiedlichen Konzepten an die Frage herangingen. Die EU-Seite wollte so rasch wie möglich automatische Freizügigkeit herstellen, die Schweiz wollte keine Automatismen und einen sanfteren, kontrollierten etappenweisen Übergang. Die harte Verhandlungsführung durch unsere

Unterhändler hat dazu geführt, dass die Schweizer Ziele erreicht werden konnten. Das Ergebnis sieht in seiner Grundstruktur wie folgt aus: Gleichbehandlung von Bürgern aus EU-Mitgliedstaaten, die bereits in der Schweiz sind, und von Schweizern in der EU ab Inkrafttreten des Abkommens. Nach zwei Jahren Abschaffung des Inländer-Vorranges und der einseitigen Lohn- und Sozialkontrolle in der Schweiz sowie für Schweizerinnen und Schweizer volle Freizügigkeit in der EU. Nach fünf Jahren keine Kontingentierungen mehr in der Schweiz. Während der nächsten sieben Jahre kann die Schweiz allerdings Kontingente für zwei Jahre wieder einführen, sollte die Zuwanderung 10% überschreiten. Nach sieben Jahren hat der Bundesrat das Abkommen über den freien Personenverkehr mit Erlass eines dem fa-

kultativen Referendum unterstehenden Bundesbeschlusses zu verhängern.

■ Abkommen über Güter- und Personentransporte auf Schiene und Strasse: Dieses Abkommen hat von Anbeginn bis zum Schluss die grössten Schwierigkeiten bereitet. Durch die vom Volk gefällten Beschlüsse zur Einführung der leistungsabhängigen Schwerverkehrsabgabe sowie zum Bau der Alpentransversalen sind jedoch bereits wichtige Voraussetzungen für die Umsetzung geschaffen worden. Das Parlament hatte noch über den Zielzeitraum für die Verlagerung des Schwerverkehrs von der Strasse auf die Schiene sowie über die Höhe der an die rollende Landstrasse auszurichtenden Subventionen zu befinden. Nach langem Hin und Her scheinen auch hier tragfähige Lösungen gefunden worden zu sein.

Welche Kosten verursacht die Umsetzung der Abkommen?

Die Problematik besteht darin, dass den quantifizierbaren direkten, belastenden Auswirkungen nicht bezifferbare positive Effekte gegenüberstehen. Dies darf uns jedoch nicht dazu führen, eine negative Bilanz zu ziehen. Die entstehenden Mehrausgaben respektive Mindereinnahmen sind relativ leicht zu eruieren. Das Finanzdepartement spricht von einer Belastung der Finanzrechnung des Bundes von rund 600 Mio. Franken. Diese Belastungen entstehen in vier Hauptbereichen: dem freien Personenverkehr (insbesondere Sozialversicherungen), dem Landverkehr, dem Bereich landwirtschaftlicher Zölle und der Forschung. Demgegenüber stehen beträchtliche positive Effekte für die gesamte Schweizer Volkswirtschaft. Die fünf vom Bundesrat in Auftrag gegebenen Studien kommen dazu, ein Wachstumspotential von 0,5–2% des Bruttoinlandproduktes vorauszusagen. 1% Wachstum beschert dem Bundeshaushalt Mehreinnahmen von 400 bis 500 Mio. Franken. Es kann demzufolge davon ausgegangen werden, dass mit einer gewissen zeitlichen Verzögerung die Belastungen der Finanzrechnung des Bundeshaushaltes durch Mehreinnahmen gut ausgeglichen werden können. Zusätzlich sind die sich nicht direkt auf den Haushalt auswirkenden Vorteile für die gesamte Volkswirtschaft zu beachten, die namentlich auch sehr direkte Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt haben werden.

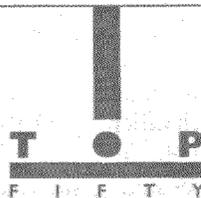
Ich bin der festen Überzeugung, dass das Ver-

ZUM THEMA

Das Ergebnis ist für unser Land per saldo ausgesprochen positiv, die Ratifizierung der Verträge ist für eine zukunftsgerichtete Schweiz unabdingbare Voraussetzung.

Sowohl EU-Befürworter als auch EU-Gegner sollten sich nunmehr unbedingt zu einem Ja zu den bilateralen Verträgen durchringen!

hältnis unseres Landes zur Europäischen Union nunmehr durch die Genehmigung dieser sieben Abkommen neu geregelt werden muss. Im Fall einer Ablehnung ist keine Alternative vorhanden. Auf bilateralem Weg sind alle Möglichkeiten ausgeschöpft, und es kann kein besseres Ergebnis mehr erzielt werden. Sowohl EU-Befürworter als auch EU-Gegner sollten sich nunmehr unbedingt zu einem Ja zu den bilateralen Verträgen durchringen! ■



Interims-Management der Spitzenklasse

Top Fifty AG, Management
Bahnhofstr. 28, 6300 Zug
Tel. 041 729 80 47
Fax 041 729 80 41
www.top50.ch
c.vonah@top50.ch

BILDUNGSPOLITIK  Bundesrat Pascal Couchepin

«Wir machen Nägel mit Köpfen»

FDP-Bundesrat Pascal Couchepin sprach am 4. September 1999 vor den FDP-Frauen zur Bildungspolitik. Ein Ausschnitt aus seiner Rede.

Wenn ich hier also zur Bildungspolitik spreche, so konkurrenzieren ich nicht meine Kollegin Dreifuss, und noch weniger unsere Erziehungsdirektorinnen und Erziehungsdirektoren.

Ich tue es in Ergänzung zu ihnen: Aus meiner Sicht ist die schulische Allgemeinbildung nur ein Element der Bildungspolitik. Und die praktische Bildung ein eigener – leider häufig immer noch unterschätzter – Bildungswert.

Bildung hat einen doppelten Aspekt, einen emanzipatorischen und einen ökonomischen. «Primo vivere, deinde philosophare», sagten schon die Römer. Zuerst müssen die unmittelbaren Bedürfnisse befriedigt sein, dann können wir philosophieren.

Der Spruch gilt heute noch immer. Zwar kennen wir kaum noch materielle Not. Dennoch kommen wir um wirtschaftliches Verhalten nicht herum. Unsere Ansprüche sind gestiegen, und die Ressourcen sind – auch für Bildung – nicht beliebig verfügbar.

Bei aller Einigkeit im Grundsatz – wer möchte keine kinder- und elternfreundliche Schule! – stellen sich eine Vielzahl institutioneller, konstitutioneller, technischer und organisatorischer Probleme. Von den Finanzen ganz zu schweigen.

Sollen wir deswegen die Hände in den Schoß legen? Ich meine ganz klar Nein.

Bildung ist eine langfristige Angelegenheit:

- Es braucht Zeit, bis die Ideen in den Köpfen sind.
- Es braucht Zeit, die Ideen umzusetzen.
- Es braucht Zeit, bis sich Fehler zeigen.
- Und es braucht noch einmal Zeit, diese zu korrigieren.

Gerade im Bildungswesen stellen wir immer wieder fest, dass das Engagement sehr schnell nachlässt, wenn die persönliche Betroffenheit fehlt.

Jede Generation regt sich wieder neu auf, wenn ihre Kinder in der Volksschule, im Gymnasium, in der Lehre sind – und vergisst die berechtigten Anliegen ebenso schnell wieder, wenn die Schulzeit vorbei ist.

Sie wissen es: Die Modernisierung der Berufsbildung ist ein zentrales Anliegen meines Departements.

Wir wollen eine moderne Berufsbildung, eine flexible Berufsbildung, die auch in Zeiten des schnellen Wandels höchste Qualität sicherstellt.

Wir wollen zweitens eine Berufsbildung, die sich ins Gesamtsystem der Bildung einfügt. Das ist heute nötiger denn je. Denken Sie an die vielen Berufswechsel und an die gewandelten Anforderungen an die Berufslleute: Im Zeitalter der Tertiarisierung sind z.B. immer mehr Dienstleistungselemente auch in der Produktion gefragt.

Den klaren Auftrag zu einer umfassenden Berufsbildung haben wir mit der Verfassungsabstimmung vom 18. April erhalten. Jetzt fällt die nicht akademische Berufsbildung in die Bundeskompetenz.



Ein «Nebenprodukt» davon ist, dass die alte Unterscheidung von männlichen Biga-Berufen und weiblichen Sozial- und Gesundheitsberufen wenigstens in diesem Sinn hinfällig wird...

Ich bin nicht der Ansicht, dass es keine Frauen- und keine Männerberufe mehr geben sollte. Oder anders gesagt halte ich nichts vom Grundsatz, dass möglichst viele Männer Krankenschwester und möglichst viele Frauen Automechaniker werden sollten.

Zuerst geht es darum, die Menschen gleich welchen Geschlechts zu befähigen, in der heutigen Arbeits- und Sozialwelt zu bestehen.

Das führt weit über abstrakte Gleichheitsüberlegungen hinaus. Es geht um ganz handfeste soziale Fragen und um die möglichst umfassende Nutzung der vielfältigen menschlichen Ressourcen, kurz: um die optimale Entfaltung der Persönlichkeit und ihrer Fähigkeiten.

Mit dem Aufbrechen der traditionellen Rollenmuster

gleichensich die Lebensperspektiven der Frau und des Mannes immer mehr an.

Wenn wir es auf den Nenner Familie und Beruf bringen, so kann die Alternative nicht mehr lauten:

Beruf für den Mann – Familie und Beruf oder «nur» Familie für die Frau.

Es muss die Möglichkeit geschaffen werden, dass beiden – Frau und Mann – beide Perspektiven tatsächlich offenstehen, dass beide sie auch wahrnehmen können.

Insofern ist Emanzipation der Frau immer auch Emanzipation des Mannes.

Was zählt, sind die konkreten Schritte. In der Berufsbildung sind das:

1. Der aktuelle Lehrstellenbeschluss von 1997, der explizit Massnahmen zur Förderung der Frauen in der Berufsbildung enthält. Entsprechende Massnahmen sind auch für den 2. Lehrstellenbeschluss ab 2002 bis zum Inkrafttreten des neuen Berufsbildungsgesetzes bereits beschlossen.
2. Der Entwurf für ein neues Berufsbildungsgesetz.

setz: Er enthält den Grundsatz der tatsächlichen Gleichstellung von Mann und Frau.

Mehr in die Zukunft weist die Anerkennung von Erfahrungen als akzeptierte Qualifikationen beim Wiedereinstieg. Es scheint mir an der Zeit, dass die Organisation einer Familie, ehrenamtliche Tätigkeiten und Engagements in öffentlichen oder wohltätigen Organisationen usw., dass all dies für weitere Tätigkeiten als echte Qualifikation anerkannt und valorisiert wird.

Sie werden mir im übrigen beistimmen, dass Frauen und Männer gleichermaßen möglichst optimale Bildungschancen bekommen sollen!

3. Die Fachhochschulen: Die Botschaft «Bildung, Forschung, Technologie» sieht vor, die Chancengleichheit mit einem Vierjahreskredit von 10 Mio. Franken besonders zu fördern.

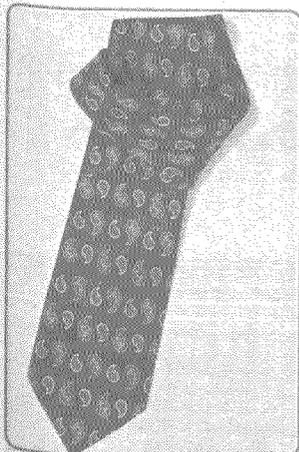
Rechtliche und institutionelle Grundlagen sind das eine. Das andere ist die Umsetzung. Auch hier braucht die Überwindung tief verankerter traditioneller Wertvorstellungen viel Zeit.

«La vision est l'art de voir les choses invisibles», sagte Jonathan Swift.

Die verborgenen Dinge sehen und sie in greifbare Tatsachen umsetzen – so möchte ich meine Ausführungen, so möchte ich unsere Politik verstanden wissen.

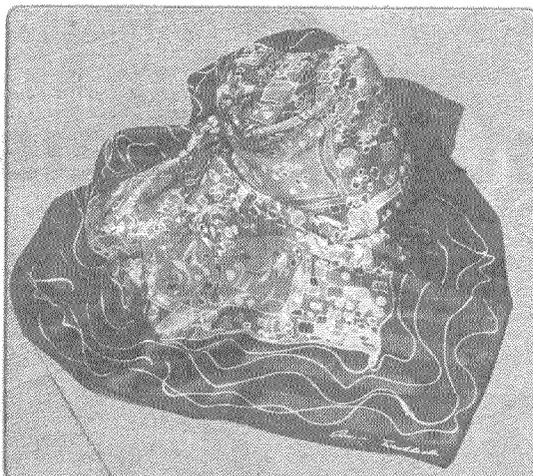
Visionen, die in unrealistischen Konzepten bestehen, überlassen wir anderen.

Wir machen Nägel mit Köpfen.

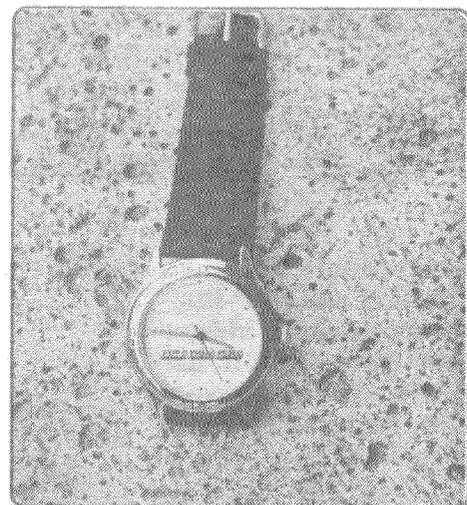


Krawatte 2001. Reine Seide Crêpe, 10x140 cm, in den Farben Dunkelblau, Blau/Rot/Weiss.

FDP-Lädeli



Foulard 2001. Reine Seide, 90x90 Zentimeter gross, in den modischen Farben Rot/Blau/Grün/Schwarz/Weiss.



FDP-Armbanduhr «excellence», silber-poliert, schwarzes Lederband.

Talon

ICH BESTELLE:

- ___ Ex. Krawatte 2001 à Fr. 40.-
- ___ Ex. Uhr à Fr. 45.-
- ___ Stück FDP-Foulard 2001 zu Fr. 50.-

Name: _____ Vorname: _____ 10/99

Strasse/Nr.: _____ PLZ/Ort: _____

Datum: _____ Unterschrift: _____

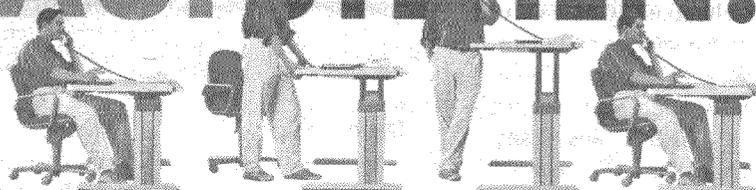
Bitte einsenden an:
FDP-Generalsekretariat, Postfach 6136, 3001 Bern, Fax (031) 320 35 00.

**LOKAL.
INTER-
NATIONAL.
ÜBERALL.**

THE BENEFITS OF TECHNOLOGY

SULZER

AUFSTEHEN!



Wir sagen dem ungesunden Dauersitzen im Büro den Kampf an. Gesundheit und Fitness dürfen nicht erst nach Feierabend ein Thema sein. Bei uns ist Sitzen und Stehen am sekundenschnell verstellbaren Schreibtisch ganz normal. Zur Freude aller rückenschmerzgeplagten Büromenschen. Chefs und Arbeitsmediziner atmen auf. Einfach Unterlagen anfordern und/oder unseren Showroom besuchen. Aha-Erlebnis garantiert.



JOMA

IHR BÜROMÖBELSPEZIALIST
A A D O R F

JOMA-Trading AG, Weiernstrasse 22, CH-8355 Aadorf,
Telefon 052/365 41 11 • Fax 052/365 20 51

<http://www.joma.leuwico.com/>

WAHL-KICK-OFF IN FREIBURG ○ Bundesrat Kaspar Villiger

«Es braucht den Freisinn»

Ausschnitt aus dem Referat von FDP-Bundesrat Kaspar Villiger am Wahl-Kick-off der FDP Schweiz vom 28. August 1999 in Freiburg

Die lösungsorientierte Politik der Freisinnigen hat massgeblich zum guten Zustand der Schweiz beigetragen. Trotzdem hat der Freisinn die jüngsten kantonalen Wahlen verloren. Zahlt sich eine gute Politik der Verantwortung nicht mehr aus? Gestatten Sie mir einige Bemerkungen dazu, warum es den Freisinn im Schweizer Parteienspektrum braucht!

Eine auf staatlichem Machbarkeitsglauben und Misstrauen gegenüber Freiheit und Markt basierende Politik kann eine erfolgreiche Zukunft des Landes nicht sichern. Ebensovienig kann das eine Politik der Spaltung, Polarisierung, Ausgrenzung und Abschottung. Deshalb braucht es eine starke, weltoffene, ordnungspolitisch konsequente, kompromissfähige, wirtschaftskompetente und trotzdem sozial sensible bürgerliche Kraft in der Schweiz. Die Freisinnigen müssen diese Kraft verkörpern.

.....

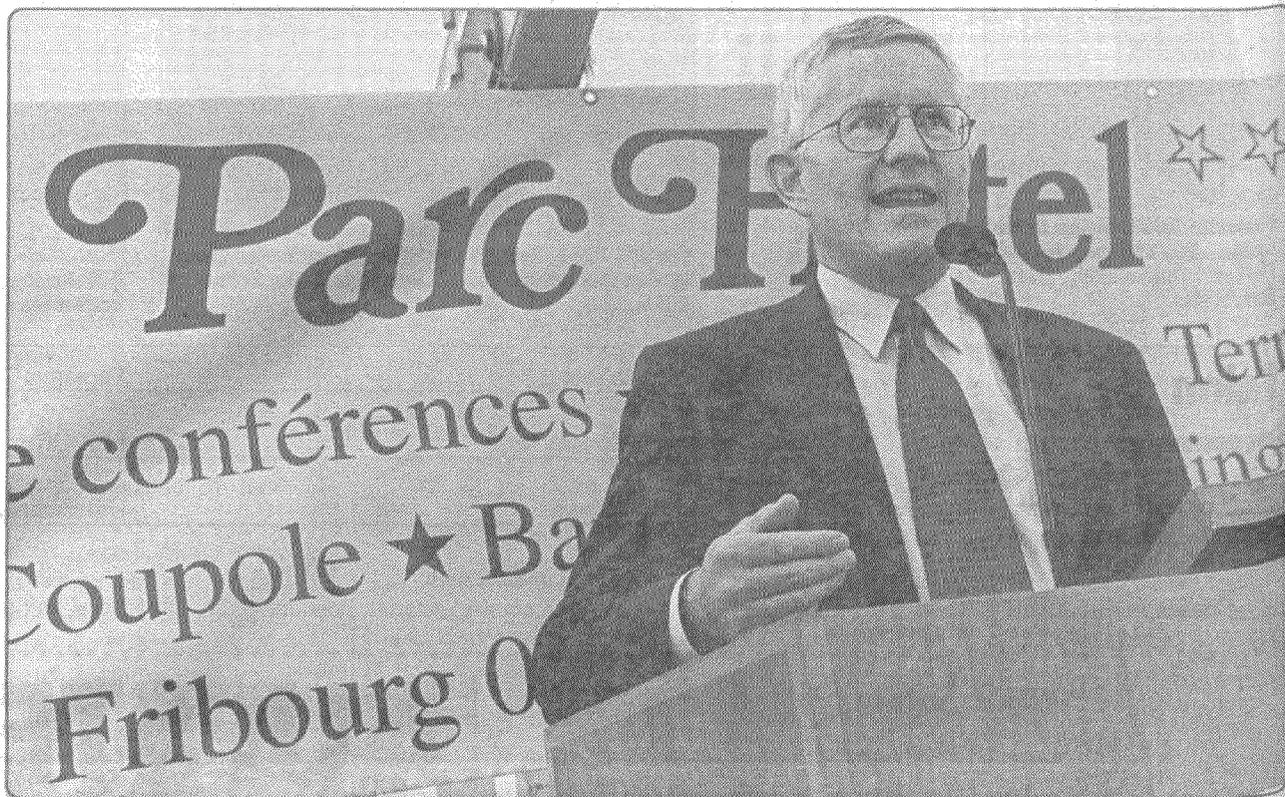
Garten- und Landschaftsarchitekten, Erdbauingenieure

100 Jahre Erfahrung, Dynamik, Tradition. Ein Jahrhundert für unsere Umwelt.

Spross

Wir planen, bauen, sanieren und pflegen auch Ihren Garten für Ihre sympathische Umwelt.

Spross Ga-La-Bau AG Zürich
Garten- und Landschaftsbau 01-4 62 62 62



FDP-Bundesrat Kaspar Villiger: «Es gibt einen Markt für politische Verantwortung.»

(Bild ruti)

Dabei meine ich wirklich eine eindeutig bürgerliche Partei, nicht eine Partei der unidentifizierbaren Mitte. Aber es muss eine breite Volkspartei bleiben, welche einen grossen Teil der Vielfalt unseres Volkes widerspiegelt. Diese Partei wird immer ein recht breites Meinungsspektrum aufweisen. Sie wird nie ein konzentrischer Kreis sein können, sondern eher einer Ellipse mit mindestens zwei Brennpunkten gleichen.

Wir brauchen beide Elemente

So braucht es den eher wertkonservativen Brennpunkt. Ohne ihn würden wir geschwächt. Dieser Brennpunkt ist staatstragend, wirtschaftspolitisch kompetent und konsequent und für Weltoffenheit zu gewinnen.

Wir brauchen aber auch das kritische und soziale

Element der Partei. Nur die ganze Ellipse ist gross und stark genug, um massgeblichen politischen Einfluss zu wahren. Und nur so wird auch ein dauernder, kritischer interner Auseinandersetzungsprozess die Partei erneuerungsfähig erhalten.

Zwischen diesen Brennpunkten sollten wir eine Kultur der internen Auseinandersetzung pflegen, die von gegenseitigem Respekt und von Toleranz geprägt ist. Wenn wir zur Vielfalt in der Partei stehen und die daraus entstehende ständige Auseinandersetzung fair und offen führen, dann wird diese Vielfalt wieder zur Stärke!

Was den Freisinn in seiner Geschichte immer wieder einte, war das gemeinsame Einstehen für den erwähnten eidgenössischen Staatsgedanken. Unseren Staat auf dieser Basis dieses

Staatsgedankens auch im modernen europäischen Umfeld erfolgreich zu gestalten, muss das gemeinsame freisinnige Anliegen sein. Der Freisinn muss weiterhin die bürgerliche Brücke lateinische Schweiz - Deutschschweiz schlagen. Grosse sprachregionale Parteien wären der Untergang unserer Willensnation. Wir gehören zusammen. Unsere Unterschiede reflektieren den kulturellen Reichtum der Schweiz.

Nicht beirren lassen!

Und wir dürfen uns nicht beirren lassen: Wir müssen auch in Zukunft eine lösungsorientierte, konstruktive, mehrheitsfähige Politik machen. Das ist weder Führungsschwäche noch Weichheit. Es belegt den Sinn für das in der direkten Demokratie Machbare!

Damit komme ich zum Schluss. Eine klare liberale, marktwirtschaftliche und bürgerliche Grundhaltung, gepaart mit sozialer Verantwortung, mit einem konstruktiven Staatsverständnis und mit zeitgemässer Weltoffenheit, macht den Freisinn zu einer der entscheidenden wichtigen Kräfte bei der Bewältigung der Zukunft unseres Landes. Ich lasse mir die Überzeugung nicht nehmen, dass es bei uns auch in Zukunft einen Markt für politische Verantwortung geben wird. Ich fordere Sie auf, diese Verantwortung wahrzunehmen! Auch wir Bundesräte sind dazu bereit!

Neues Material

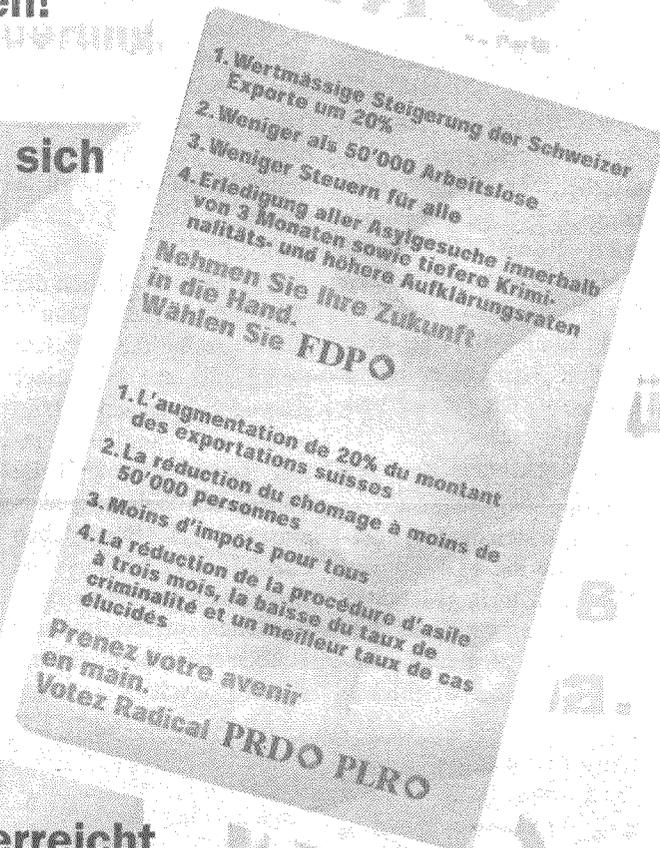
Ab sofort sind die Folder für den Wahlkampf 1999 lieferbar:

- Unsere Ziele 1999–2003
(Zusammenfassung der Wahlplattform)
- Sozialwerke sichern und Steuern stoppen!
(Finanz-, Steuer- und Sozialpolitik)
- In Bildung und Arbeit investieren, damit sich
Wissen auch in Zukunft auszahlt
(Wirtschafts- und Bildungspolitik)
- Selbstbewusste Zusammenarbeit statt
Abschied von Europa und der Welt
(Aussenpolitik)
- Für eine Asylpolitik mit Hilfe vor Ort
statt ungebremste Einwanderung in die
Schweiz (Sicherheits- und Asylpolitik)

Ebenso ist die 18seitige Wahlplattform 99
«Sicherheit durch Erneuerung. Was wir erreicht
haben. Was wir erreichen wollen. Mit Ihnen.»
nun erhältlich.

Neu erhalten Sie auch die FDP-Kalender im Kreditkartenformat.
Auf deren Vorderseite sind die Ziele der FDP für die Legislatur
1999–2003 aufgeführt.

Bestellen Sie bitte direkt bei FDP Schweiz, Erwin Aebischer,
Postfach 6136, 3001 Bern
Tel. (031) 320 35 35
Fax (031) 320 35 00
E-Mail: aebischer@fdp.ch



BERN  a. o. DV der FDP-Frauen Schweiz

Kämpferische Töne in Bern

Bundesrat Pascal Couchepin, Generalsekretär Johannes Matyassy, FDP-Frauen-Präsidentin Sibylle Burger-Bono: Sie alle schlugen kämpferische Töne an bei der ausserordentlichen Delegiertenversammlung der FDP-Frauen Schweiz in Bern.

Sibylle Burger-Bono warnte vor entscheidenden Verschlechterungen bei der bevorstehenden 11. AHV-Revision für die Frauen. Die Revision gehe von einem falschen Frauenbild aus, nämlich von wirtschaftlich auf Rosen gebetteten Frauen. Die Auswirkungen der geplanten Revision seien zum Teil fatal. Eine Gesamtschau sei nötig, es genüge nicht, wenn die 11. AHV-Revision nur versicherungstechnisch zu überzeugen vermöge.

Was wären die Freisinnigen ohne die FDP-Frauen, hielt Johannes Matyassy fest, der es als Generalsekretär und profunder Kenner der innerparteilichen

Verhältnisse wissen muss. Er anerkannte den glanzvollen Wahlauftritt der freisinnigen Frauen mit ihrer Ouvertüre in Luzern. Jetzt müsse es ganz einfach gelingen, den Frauenanteil in unserer Fraktion zu verdoppeln.

Ehrengast anlässlich der Delegiertenversammlung war Bundesrat Pascal Couchepin, der mit seiner Aussage, wonach Erziehungs- und Familienaufgaben sowie ehrenamtliche Tätigkeiten beim Wiedereinstieg ins Berufsleben ebenfalls als Leistungs- und Qualifikationsausweis gelten sollen, auf Zustimmung bei den freisinnigen Frauen stiess. Geschätzt wurden

auch seine eindeutigen und klaren Aussagen zu den sogenannten «Maulkorb-Initiativen». Die Schweiz habe ein ausbalanciertes System der Meinungsbildung zwischen den Institutionen, wer könnte ein Interesse daran haben, den Dialog zwischen Parlament, Bundesrat und Volk zu unterbinden, hielt Couchepin mit Blick auf die Absender dieser Initiative fest.

Statutenrevision

Die FDP-Frauen Schweiz haben anlässlich ihrer a. o. Delegiertenversammlung auch die Statuten revidiert (Einzelmitgliedschaft möglich, neue strategische und operative Gremien u. a.). Mitglieder können die neuen Statuten bei Margrit Weber-Scherrer, Rosmattstrasse 10, 5621 Zufikon, Telefon (056) 631 84 32, beziehen.



Gelüste Stimmung nach der Delegiertenversammlung.



Eine Bündnerin in Bern: Christina Schauer, Arosa, stattet dem Stand der FDP-Frauen Bern einen Besuch ab.



Gerngesehener Gast bei den FDP-Frauen war Bundesrat Pascal Couchepin, im Gespräch mit Franziska Frey-Wettstein, früherer Präsidentin der FDP-Frauen Schweiz.

Internet und die FDP-Frauen

Die FDP-Frauen Schweiz sind nun auch im Netz der Netze zu finden. Noch vor dem Millenniumswechsel haben wir es geschafft, eine eigenständig gestaltete Homepage aufzuschalten, die weiter ausgebaut werden soll. Besuchen Sie uns! Die Adresse lautet:

www.fdp.ch/frauenfdp

Damit wir FDP-Frauen die virtuellen Vernetzungsmöglichkeiten voll ausnützen können, bitte ich alle FDP-Frauen-Gruppierungen, die über eine eigene Homepage verfügen, ihre www.-Adresse mitzuteilen, damit wir die notwendigen Links einrichten können. Informationen an: Betty Fahrni-Jones, E-Mail: fahrni@bluewin.ch, Tel. (071) 411 31 67, Fax (071) 411 55 26.

TERMINE

Oktober

8. Sekretärenkonferenz
9. a. o. Delegiertenversammlung
12. Presseverband
24. Nationalratswahlen

November

18. Bundesratsparteien-Gespräch
19. Von-Wattenwyl-Gespräch
26./27. Vorsektionale Fraktions-
sitzung

Dezember

- 6.-22. 12. Wintersession
8. Wahlfeiern Ständeratspräsi-
dent und Nationalratspräsi-
dent
9. Geschäftsleitung
15. Vereinigte Bundesversamm-
lung
16. Wahlfeier Bundespräsident

Januar 2000

18. Presseverband
21. Geschäftsleitung /
Sekretärenkonferenz
22. Delegiertenrat / a. o. Dele-
giertenversammlung

Februar

- 11./12. Fraktionsseminar
17. Bundesratsparteien-
Gespräche
18. Von-Wattenwyl-Gespräche
25./26. Vorsektionale Fraktions-
sitzung, inkl. Treffen mit
Regierungsräten

März

- 6.-24. Frühjahrsession
6. Groupe Latin
9. Geschäftsleitung
12. Eidg. Abstimmung
14. Apéritif der Fraktion mit Mit-
gliedern der Bundesverwal-
tung
21. Presseverband / Essen mit der
Fraktion

April

4. Presseverband
6. Geschäftsleitung /
Sekretärenkonferenz
7. Delegiertenrat / o. Delegier-
tenversammlung
8. O. Delegiertenversammlung
7./8. Fraktionssitzung
28. Vorsektionale Fraktions-
sitzung

Mai

- 2.-5. Sondersession
4. Geschäftsleitung
6. Delegiertenversammlung
FDP-Frauen
18. Bundesratsparteien-
Gespräche
19. Von-Wattenwyl-Gespräche
21. Eidg. Abstimmung
26./27. Vorsektionale Fraktions-
sitzung

Juni

- 5.-23. Sommersession
(2. Wo: Di-Fr)
5. Groupe Latin
8. Geschäftsleitung /
Sekretärenkonferenz

Werben Sie erfolgreich
in Ihrer Parteizeitung!

Mit einem Inserat in
78 000 Exemplaren von
«Freisinn FDP Schweiz» er-
reichen Sie viele interes-
sierte Leserinnen und Leser,
denen Sie Ihre Angebote
präsentieren und empfeh-
len können.

Erschliessen Sie sich diesen
attraktiven Markt.

Ich/wir möchten mehr über die Werbemöglich-
keiten in «Freisinn FDP Schweiz» erfahren:

- Bitte senden Sie mir/uns den aktuellen
Anzeigentarif.
 Nehmen Sie bitte umgehend mit mir/uns
Kontakt auf.

Name/Firma: _____

Zuständig: _____

Adresse: _____

PLZ/Ort: _____

Telefon: _____

Fax: _____

Datum: _____

Unterschrift: _____

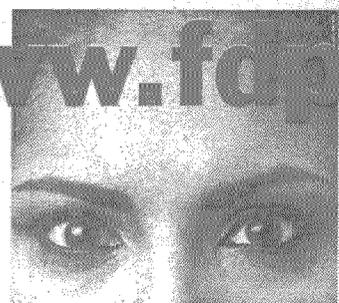
Bitte einsenden/faxen an:
KRETZ AG, Verlag und Annoncen
Postfach, 8706 Feldmeilen

Telefon (01) 923 76 56, Fax: (01) 923 76 57
E-Mail: kretz_ag@bluewin.ch

deutsch

français

www.fdp.ch



Wenn Augen Antworten suchen.
Für die Antwort mit Hilfe

Besuchen Sie

unsere neue

Willkommen bei der
Freisinnig-Demokratischen Partei

Bienvenue au
Parti Radical-Démocratique

FD Homepages

Die FDP muss stärkste bürgerliche Kraft bleiben!

Spätestens seit den Wahlen von 1987 stellt sich am Ende der vierjährigen Legislatur immer wieder die gleiche Frage: Wird die Regierungsform der nationalen Exekutive der Schweiz, für die Deutschschweiz die «Zauberformel» und für die Suisse romande «La Formule Magique» genannt, auch für weitere 4 Jahre Bestand haben?

Der Wahlsonntag am 24. Oktober dieses Jahres wird uns die Antwort geben, wobei die Voraussetzungen sich in diesem Jahr grundlegend geändert haben:

Vor 12 Jahren haben sich besonders die «Kleinen», die Grüne Partei (GPS), die Autopartei (heute Freiheitspartei) und der damalige Juniorpartner des Bundesrates, die SVP, durch respektable Gewinne ins Rampenlicht gesetzt. Vor 8 Jahren erlebten dieselben Parteien ihren wahrscheinlich prozentualen Höhepunkt, wobei die SVP, damals noch unbemerkt, immer noch stark den Wind im Rücken spürte. Bei den letzten Wahlen vor 4 Jahren musste man zähneknirschend aus bürgerlicher Sicht feststel-

len, dass die SP durch das Gewinnen von Restmandaten stärkste Fraktion im Parlament geworden ist, obwohl sie damals und heute noch immer nicht ideologisch den Fall der Berliner Mauer verdaut hatte. Die SVP schlussendlich ist der CVP nahe an die Fersen gerückt.

Wo stehen wir heute? Einst stärkste und dominierende Partei dieses Landes, haben wir seit den Wahlen vor 20 Jahren fast ein Fünftel unseres Wähleranteils verloren. Wir werden in den bevorstehenden letzten Wahlen dieses Jahrhunderts gefordert sein wie nie zuvor.

Keine andere politische Kraft in unsrem Land wurde in der Vergangenheit durch verschiedenste politische Ansichten innerhalb der gleichen Partei durchgeschüttelt wie die FDP. «Les Radicaux» hatten einige Mühe mit den Ansichten und Entscheidungen der eigenen Partei auf der anderen Seite der Saane zu Themen wie dem Arbeitsgesetz oder der Mutterschaftsversicherung. Diese innerparteiliche Polarisierung war

eine schwierige Phase, aber dafür haben wir auch bewiesen, dass innerhalb unserer Partei keine sture Parteidoktrin herrscht, sondern durchaus die verschiedensten Meinungen entsprechend unserer pluralistischen Gesellschaft geduldet werden.

Eine gute Zusammenarbeit zwischen der Wirtschaft und der Politik ist auch im nächsten Jahrhundert der Schlüssel des Erfolgs unseres Landes. Gegenseitig werden Forderungen gestellt und Hoffnungen geäussert. Die Wirtschaft erwartet von der politischen Seite, dass ihr auch in Zukunft die nötigen Rahmenbedingungen für eine wettbewerbsfördernde Konkurrenzfähigkeit gegeben werden. Zu Recht werden von seiten der Wirtschaft an die Politik höchste Erwartungen gestellt. Wir müssen unserer Führungsrolle gerecht werden, die Wirtschaftspolitik unseres Landes muss massgeblich auch in der Zukunft unsere Handschrift tragen und darf nicht im Fahrwasser von sozialistischen Utopien enden.

Auch wenn man in den letzten Wochen die verschiedensten Zukunftsvisionen hören konnte und gewisse Leute nun anscheinend endgültig und unwiderruflich für die Zauberformel die Abdankungsglocken läuten hören, so dürfen wir nie vergessen, wo unsere politischen Partner sind:

Die CVP wird sicher nicht der Wahlsieger der Wahlen 99 werden, zu sehr hat sie in den vergangenen Jahren ihr eigenes Stammvolk durch eine Zickzack-Politik verunsichert. Diese Partei hat ein grosses Identifikationsproblem, sie weiss wahrscheinlich selbst nicht mehr genau, wo sie politisch steht. Dass die SVP, der Juniorpartner der Regierung, ihren «unaufhaltsamen» Aufstieg weiterhin gehen wird, davon muss man heute ausgehen.

Es fragt sich nur: Wer sind unsere kommenden Partner? Wird das Parlament den Mut aufbringen, einer neuen Regierungsform eine Chance zu geben? Eine Regierungskoalition mit einem klaren Legislaturprogramm wird ei-

ner konstruktiven Opposition gegenüberstehen. Zwei mögliche Regierungszusammensetzungen wären denkbar. Variante 1 (Mitte/Rechts): FDP mit SVP und CVP und in der Opposition die Sozialdemokraten mit den Grünen. Variante 2 (Mitte/Links): FDP und CVP mit den Sozialdemokraten gegenüber einer Opposition der SVP und der Grünen. Nur vielleicht sind auch in diesem Jahr alle Spekulationen unnötig, weil dem Parlament die nötige Zivilcourage einmal fehlen wird.

Spätestens in den Tagen nach dem 24. Oktober müssen wir diese Frage beantworten können, indem wir unsere politischen Partner wählen. Eine ideologische Orientierungslosigkeit, wie sie die CVP seit Jahren gewählt hat, können wir uns nicht leisten, soweit wir nicht zu den Wahlverlierern gehören wollen. Als Wahlsieger am 24. Oktober jubeln können werden wir nur, wenn wir mit unseren politischen Partnern für eine klare bürgerliche Politik eintreten, die unser Land erfolgreich ins neue Jahrtausend führen wird.

Thomas F. Schaub,
Nyon (GE)

Destabilisierung der Schweizer?

Nationalrat Ulrich Schlüer verlangt mit Ueli Maurer, Christoph Blocher und 12 weiteren SVP-Nationalräten mit einer parlamentarischen Initiative die Erweiterung des Referendumsrechts. Das Volk soll künftig mittels Referendum eine Abstimmung über die Abwahl von einem oder mehreren Bundesräten verlangen können. Die Volkswahl des Bundesrates ist einer der vielen politischen Ladenhüter aus Blochers Küche.

Zum Glück nennt die staatspolitische Kommission des Nationalrates diesmal klar die Gründe, warum sie

diesen Vorstoss ablehnt. Mittels Referendumsdrohung soll der Bundesrat erpressbar werden, die Schweiz destabilisiert. Der Milliardär aus Herrliberg, Christoph Blocher, wäre seinem Ziel zur Macht in der Schweiz einen Schritt näher. Er weiss genau, dass ohne eine Revolution des politischen Systems er nie unser Land beherrschen wird. Die Sicherungen in der Verfassung gegen machtbesessene Politiker will er sukzessive aushebeln. Entweder will er dem Staat den Geldhahn zudrehen oder den Bundesrat zu seinen Hampelmännern und -

frauen degradieren. Erinnert die Methodik und Strategie, die Blocher immer wieder anwendet, um unseren Staat weich zur Übernahme zu verändern, nicht an die Anfänge von Adolf Hitler? Die Zürcher FDP war gut beraten, sich bei den kommenden nationalen Wahlen von der SVP zu trennen, mit diesen rechtsextremen Machenschaften hat eine dem Liberalismus verpflichtete Partei nichts am Hut.

Pierre Bociou, Winterthur

Was meinen Sie?

Haben Sie sich gefreut, geärgert? Schreiben Sie uns!

Unsere Adresse:
Redaktion
«Der Freisinn»
FDP Schweiz
Postfach 6136
3001 Bern

SEPTEMBER / OKTOBER ...



... NOVEMBER

Karikatur Andreas Töns

WAHLKAMPF 1999  Die Medien

Etwas mehr eigene Meinung, bitte!

Bellasi, Dolder, Expo 01, SVP-Tümelei: Vier Stichworte, die zu ein paar Gedanken über einen Teil der Schweizer Medien im Wahlkampf 1999 Anlass geben.

VON FDP-GENERAL-SEKRETÄR JOHANNES MATYASSY, MURI (BE)



Dino Bellasi –
welch langweiliges
Schicksal wäre
seinem Fall be-

schieden gewesen, wenn seine Geschichte nicht Sonntag für Sonntag weitergesponnen worden wäre. Auch die abstrusesten Behauptungen eines politisierenden Berner Anwaltes wurden von einigen Medien sofort in Tatsachen umgewandelt – um so grösser war die Ernüchterung, als plötzlich doch keine neue Geheimarmee aufgedeckt werden konnte.

Rita Dolder – welch langweiliges Schicksal wäre ihrem Buch beschieden gewesen, wenn ihre Geschichte nicht den Weg in die Sonntagspresse gefunden hätte. Auch die abstrusesten Vermutungen, Vermischungen und Verleumdungen wurden daraufhin in einigen wenigen Medien kolportiert – um so grösser die Ernüchterung, als sich die ganze Übung als Marketingaktion für das neue Buch Dolders entpuppte.

Expo 01 – welch langweiliges Schicksal wäre ihr beschieden gewesen, wenn nicht ein Medium – von vielen abgeschriebe – behauptet hätte, alle vier Bun-

desratsparteipräsidenten hätten die Verschiebung oder gar den Abbruch der Expo 01 verlangt, und damit suggerierte, sie hätten dies in einer koordinierten Aktion getan, was keineswegs der Fall war. Mindestens im Fall der Aussagen des FDP-Parteipräsidenten war diese Interpretation seiner Aussagen schlicht falsch. Die Ernüchterung folgte am darauffolgenden

Tag, als ausser bei Ursula Kochs Votum bei genauer Betrachtung und Nachfrage kein Grund zur Aufregung mehr bestand.

SVP – man könnte fast meinen, es gäbe in der Schweiz eine Partei, welche die absolute Mehrheit sowohl in Parlamentssitzen als auch in der Regierung und in Wählerprozenten innehat. Ungeprüft wird von einigen Medien die Mär von

FDP für bürgerliche Erneuerung statt Museumssozialismus

Die SP hat an ihrem Wahlparteitag in Basel ihren linkskonservativen Kurs bestätigt. Im Gegensatz zu modernen Sozialdemokraten im übrigen Europa sucht die SPS ihr Heil immer noch in Staatsinterventionen, hohen Steuern und einer Aufblähung des Sozialstaates, verstrickt sich dabei aber in Widersprüche. Die FDP steht als die Kraft da, welche die vernünftige bürgerliche Erneuerung der letzten vier Jahre weiterführen will.

Die SP Schweiz versuchte in Basel ihr linkskonservatives Image zu korrigieren und nahm deshalb einige Forderungen aus der Wirtschafts-, Finanz- und Steuerpolitik in ihre Wahlplattform auf. Bei näherem Hinsehen und Vergleich mit der SP-Realität sind diese aber nichts mehr als hohle

Wahlkampfversprechen, die zu weniger Arbeit und höheren Steuern für alle führen:

■ Wie kann die SP behaupten, sie fordere ein Beschäftigungsziel, obwohl sie forschungs- und beschäftigungsfeindliche Vorlagen wie die Exportverbots- und die Genverbotsinitiative begeistert unterstützt und somit die Gefährdung von Zehntausenden von qualifizierten Arbeitsplätzen in Kauf genommen hat?

■ Die SP fordert generell die Einführung von Mindestlöhnen. Diese zerstören Arbeitsplätze im Niedriglohnbereich. Will die SP ausgerechnet jenen, die sie zu vertreten vorgibt, die Arbeit wegnehmen und sie zuerst zum Bezug von Arbeitslosen- und dann von Fürsorgegeldern verdammen?

■ «Die SP setzt sich auch ein für die Sanierung der Bundesfinanzen und für eine Begrenzung der Verschuldungsquote.» Genau

der einzigen wahlkampffähigen Partei SVP nachgebietet, die ein Politologe einmal erfunden hatte. Wer – wie das bei einer bürgerlichen Bundesratspartei vorkommen kann – in einem Sachproblem eine Haltung mit der SVP teilt, wird sofort verdächtigt, dem «Erfolg» dieser Partei «hinterherzuhecheln». Die Fähigkeit, eigenständige Positionen zu vertreten, wird SP, CVP und FDP glatt und kollektiv abgesprochen.

Die Zusammenarbeit mit den Schweizer Medien ist von gegenseitigem Respekt und von vertrauensvollem und verantwortlichem Umgang mit Zitaten und Meinungsäusserungen geprägt. Diese realitätsbezogene Arbeit hat eine gute Tradition,

die meines Erachtens weitergeführt werden muss. Es geht deshalb hier nicht darum, über Medienpräsenz und -akzeptanz zu lamentieren, denn auch viel Unmut kann nicht darüber hinwegtäuschen: Die Medien sind kein homogenes Gebilde. Vielmehr macht der überwiegende Teil der Medienschaffenden seine Arbeit präzise, korrekt und konstruktiv-kritisch. Von den anderen aber wünschte man sich ab und zu etwas mehr Emanzipation vom Verführerischen, etwas mehr Selbständigkeit und Gelassenheit, etwas mehr Abgklärtheit, etwas mehr eigenes Engagement in der Recherche und der Bewertung – und etwas weniger Fremdbestimmung. Danke. ■

stellen von Hägelchen um die Schweiz herum schadet dem Wirtschaftswachstum und damit letztlich auch den Löhnen.

Der Schweiz geht es heute besser als vor vier Jahren, weil sie eine Erneuerung eingeleitet hat. Die Arbeitslosigkeit ist deutlich unter drei Prozent gefallen, der Bundeshaushalt ist bis Ende 2001 im Lot, die Voraussetzungen für die Ratifikation der bilateralen Verträge sind geschaffen, die AHV ist bis Ende 2003 finanziert, die Entscheide für eine massive Modernisierung der Infrastrukturen des Verkehrs sind getroffen, eine realistische und erfolgreiche Drogenpolitik ist durchgesetzt usw. Dies sind die Ergebnisse von vier Jahren beharrlicher, vernünftiger, bürgerlicher Erneuerungspolitik.

Die FDP will diese erfolgreiche bürgerliche Erneuerung weiterführen, welche die Schweiz weder den Museumssozialisten noch rechten Antibürgerlichen zu verdanken hat.

das waren 1998 die Inhalte des Haushaltsziels 2001, das von der SP aber massiv bekämpft wurde. In der Realität setzt sich die SP für einseitige Erhöhungen ein, im Klartext: höhere Steuern für alle.

■ Es bestehe ein Nachholbedarf bei der Entwicklung der Zukunftstechnologien. Wie kann die SP gleichzeitig Nachholbedarf bei den Zukunftstechnologien – wozu unbestreitbar auch die Gentechnologie gehört – bemängeln und die fundamentalistische und forschungsfeindliche Genverbotsinitiative unterstützen?

■ Die SP knüpft ihre Zustimmung zu den bilateralen Verträgen an drei Bedingungen. Wie kann die SP gleichzeitig für den EU-Beitritt weibelnd und derart zögern bei der einfachen Form kündbarer Verträge? Europa ist nicht nur ein politisches Konstrukt, sondern auch ein Binnenmarkt, mit allen Vorteilen, die ein solcher bringt. Strukturkonservatives Auf-